



Nr. 37 / 17.07.2015

Alexander HOFFMANN *informiert*

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Erteilung eines Verhandlungsmandates zur Gewährung neuer Finanzhilfen an Griechenland: Warum ich dagegen gestimmt habe

Liebe Leserinnen, liebe Leser, der Deutsche Bundestag hat heute nach einer über dreistündigen Sonder-sitzung der Bundesregierung ein Verhandlungsmandat zur Gewährung neuer Finanzhilfen an Griechenland erteilt. Ich habe gegen die Aufnahme von Gesprächen für ein eventuelles neues Hilfspaket gestimmt. Meine Gründe und meinen Standpunkt möchte ich Ihnen in dieser Ausgabe meines Newsletters erläutern.

Die Staats- und Regierungs-Chefs der Eurozone haben in der Nacht zum Montag den Weg für ein drittes Griechenland-Hilfspaket geebnet. Nach einer 17-stündigen Marathon-Sitzung einigte man sich schließlich auf Bedingungen für Hilfen aus dem Euro-Rettungsfonds ESM. Der Finanzbedarf Griechenlands in den nächsten drei Jahren wird auf 86 Milliarden Euro beziffert – mindestens.

Mir fehlt der Glaube, dass Herr Tsipras nun ein Reformprogramm umsetzen wird, dass noch ambitionierter ist als die Reformvorhaben, die die Griechen per Referendum und auf Tsipras' Empfehlung hin klar abgelehnt haben. Tsipras hat das Abkommen als einen Text bezeichnet, an den er nicht glaubt. Es ist erschreckend, wie provokant und sozialistisch-ideologisch sich die griechische

Regierung verhält. Ministerpräsident Tsipras wirft den internationalen Gläubigern allen Ernstes Rachsucht vor! Er kann und will nicht verstehen, dass es Geld nur gegen Reformen gibt. Doch nicht die Eurogruppe oder einzelne Länder sind für die miserable Situation Griechenlands verantwortlich, sondern die dortige Politik. Trotzdem sind die Griechen mehrheitlich noch immer nicht der Meinung, dass Reformen und Strukturver-änderungen dringend notwendig sind – das macht mich doch sehr skeptisch.

Der Versuch, Griechenland um jeden Preis in der Eurozone zu halten, schadet der Währungsunion meiner Meinung nach deutlich mehr als ein Ausscheiden der Hellenen. Irland, Portugal, Spanien und die baltischen Länder haben durch harte

Reformen und Sparmaßnahmen ihr Land wieder auf Kurs gebracht. Litauen, Lettland und Estland, aber auch die Slowakei und Slowenien haben Krisen hinter sich, die sie aber aus eigener Kraft gemeistert haben – und dabei deutlich konsequenter vorgegangen sind als dies die Geldgeber bislang von Athen gefordert haben.

Im Herbst sind Parlamentswahlen in Spanien. Dort macht sich ein Linksbündnis bereit, deren Anführer dasselbe erreichen wollen wie Syriza in Griechenland. Die Untätigkeit und die Dreistigkeit der griechischen Regierung dürfen sich nicht auszahlen! An die Wurzeln des Übels, nämlich an das ineffiziente und korrupte Staatswesen, die Steuerflucht der superreichen Reeder, die lahme Wirtschaft und den Reformunwillen, ist man nicht herangegangen – im Gegenteil. Wir haben Wochen und Monate hinter uns, in denen ein immenser volkswirtschaftlicher Schaden in Griechenland entstanden ist wegen der Chaos-Politik von Herrn Tsipras. Jetzt sind deutlich mehr und härtere Schritte erforderlich als noch vor vier Monaten.

Die griechische Regierung diskutiert zwar seit Monaten, verteufelt Reformvorschläge regelrecht, hat aber keinerlei eigene Maßnahmen in Angriff genommen, um dem Land zu helfen. Im Gegenteil: Es wurden Maßnahmen unterlassen, die dringend erforderlich gewesen wären. So wurden seit Januar mehr als 30 Milliarden Euro von den griechischen Banken abgezogen – auch dieses Geld fehlt heute.

Stattdessen hatte der griechische Verteidigungsminister gedroht, er werde Flüchtlingswellen senden, wenn Europa nicht zahlt. Die griechische Parlamentspräsidentin beschuldigt die Geldgeber der „Erpressung“ und des „sozialen Völkermords“. Ex-Finanzminister Varoufakis hat uns als Terroristen bezeichnet – allein diese Wortwahl ist unerträglich!

Ich habe großen Respekt vor dem Verhandlungsergebnis, das unsere Bundeskanzlerin und unser Bundesfinanzminister durchgesetzt haben. Sie haben weitaus mehr ausgehandelt als lange möglich erschien. Frau Merkel und Herr Schäuble haben bei den Verhandlungen mit Griechenland die undankbare, aber unglaublich wichtige Rolle übernommen, endlich für die Einhaltung der Regeln zu sorgen. Allerdings habe ich großen Zweifel, dass diese griechische Regierung aus Linken und Ultra-Rechten die geforderten Reformen auch umsetzen wird. Ich fürchte, dass wir in drei Jahren genauso weit sind, wie heute – nur dass dann noch viele Milliarden Euro mehr im Feuer stehen werden.

Zudem sehe ich keine gesetzliche Grundlage dafür, dass Griechenland Hilfsmittel aus dem ESM-Rettungsschirm erhalten kann. Der Vertrag über die

Arbeitsweise der Europäischen Union verbietet Finanzhilfen an Eurostaaten. Zwar durfte ein Stabilitätsmechanismus eingerichtet werden, der dann aktiviert wird, „wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Eurowährungsgebiets insgesamt zu wahren“. Es reicht aber nicht, dass die Finanzstabilität eines Mitgliedsstaats gefährdet ist. Eine Ansteckungsgefahr durch Griechenland gibt es nicht. Außerdem setzen Stabilitätshilfen die sogenannte Schuldentragfähigkeit voraus. Das bedeutet: Griechenland müsste wirtschaftlich und steuerrechtlich in der Lage sein, alle Kredite mit Zins und Tilgung bedienen zu können – woran ich beim besten Willen nicht glaube. Die rechtlichen Voraussetzungen für neue Finanzhilfen nach dem ESM-Vertrag sind also nicht gegeben.

Vor der Euro-Einführung 1999 hat man der deutschen Bevölkerung versprochen, dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes haften wird. Den Weg in eine Transfer- und Schuldenunion haben wir immer ausgeschlossen.

Es gibt in Europa heute zwei Strömungen der Wirtschaftspolitik: Angela Merkel steht für stabile Finanzen, aber auch für Solidarität gegen Solidität. Das heißt, gegenseitige Unterstützung ist auch ein Grundgedanke, aber nur als Hilfe zur Selbsthilfe und nicht als Schuldenunion oder dauerhafte Staatsfinanzierung. Deshalb lehnen wir auch Eurobonds strikt ab. Gerade sozialistisch geprägte Länder befürworten demgegenüber eine weiche Währung und das Ankurbeln der Wirtschaft durch billiges Geld. Das ist aber eine trügerische Vision, weil auch diese Rechnung irgendwann beglichen werden muss. Zudem fehlt der Anreiz, selbst solide zu wirtschaften und Regeln einzuhalten, wenn am Ende jeder für jeden haftet.

Es stimmt mich sehr nachdenklich, wenn auch ein vorübergehender „Grexit“ (nur Ausstieg aus dem Euro und damit der Eurozone, nicht aber aus der Währungsunion) gerade von Frankreich und Italien kategorisch ausgeschlossen wird. Auch in Spanien sind die linken Sozialisten im Aufwind. Herr Tsipras verfolgt meines Erachtens eine ideologische Politikwende in Europa, beginnend in Griechenland. Ziel ist es offenbar, Europa nachhaltig zu schädigen, um es nach sozialistischen Ideologien umzubauen. Ich möchte mit meinem Nein ein Zeichen setzen, dass sich jeder in Europa die Regeln halten muss!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

